



Die kanadische New Democratic Party – Ein neuer wichtiger Akteur in Kanada?

WILLIAM CROSS
September 2012

- Die sozialdemokratische Partei Kanadas, die New Democratic Party (NDP), wurde 1961 als Nachfolgepartei der Co-operative Commonwealth Federation gegründet. Sie hat deren traditionelle formale Bindungen zur Gewerkschaftsbewegung bewahrt und ist Mitglied der Sozialistischen Internationale.
- Die NDP erzielte ihr bislang bestes Wahlergebnis im Jahr 2011, als sie 31 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und erstmals auf nationaler Ebene die offizielle Opposition stellen konnte.
- Zu den aktuellen Herausforderungen für die NDP gehören nicht nur die Festigung und der Ausbau ihrer Position als wichtigste linke Alternative zur konservativen Regierung, sondern auch der Umgang mit ihrer neuen Stärke in der Provinz Quebec.



Die New Democratic Party of Canada (NDP) ist eine 1961 gegründete und auf nationaler Ebene aktive Partei. Ihre Wurzeln reichen bis ins Jahr 1932 zurück, als die Co-operative Commonwealth Federation (CCF) entstand. Die CCF war auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise als neue politische Partei gegründet worden und hatte sich einen wirtschaftlichen Sozialismus auf die Fahne geschrieben. Die CCF sprach sich für die Verstaatlichung vieler Schlüsselindustrien und eines großen Teils der kanadischen Wirtschaft aus. Außerdem wollte sie durch die Einführung von Programmen wie eines universellen Renten- und Gesundheitssystems die Rolle des Staates bei der Schaffung eines Sicherheitsnetzes für die Bürger wesentlich erweitern. In ihrem Bekenntnis zu einem wirtschaftlichen Sozialismus war die CCF stark ideologisch geprägt, was auch in ihrem Gründungsversprechen zum Ausdruck kam: »Keine von der CCF gestellte Regierung wird ruhen, bevor der Kapitalismus nicht beseitigt ist ...« Die CCF stand in enger Verbindung zum westkanadischen Agrarsektor und bemühte sich um bessere Beziehungen zu den Industriesektoren, die sich in Zentralkanada herausbildeten. Die Partei hatte auf nationaler Ebene nur mäßige Erfolge zu verzeichnen. Bei ihren ersten Wahlen im Jahr 1935 konnte sie 9 Prozent der Stimmen für sich gewinnen und war anschließend mit sieben Abgeordneten (von 245) im Parlament vertreten. Ihr bestes Wahlergebnis erzielte sie 1945 mit 16 Prozent und 28 Parlamentssitzen. Bei den Wahlen in den Provinzen schnitt sie erfolgreicher ab und konnte in Saskatchewan sogar die Regierung stellen und die landesweit erste universelle Gesundheitsversorgung einführen.

Mit dem Ausbau des kanadischen Industriesektors und der Gründung des Gewerkschaftsbundes *Canadian Labour Congress* begannen Ende der 1950er Jahre die Gespräche zwischen der CCF und den Arbeiterorganisationen über die Bildung einer neuen links der Mitte angesiedelten politischen Partei mit formalen Bindungen zur Gewerkschaftsbewegung. Dies mündete 1961 in der Gründung der NDP, die im Wesentlichen eine Neuauflage der CCF war. Die NDP trat seither in jeder Parlamentswahl an und verfügt über aktive Flügel in vielen Provinzen. Die größten Erfolge konnte die Partei bisher auf Provinzebene verbuchen. In British Columbia, Saskatchewan, Manitoba, Ontario und Nova Scotia konnte sie die Regierung stellen.

Auf Bundesebene war die NDP seit ihrem Bestehen fast immer die kleinere Oppositionspartei hinter den Liberalen (Liberal Party of Canada) und den Konservativen (Con-

servative Party of Canada). Diese beiden Parteien stellten in der Vergangenheit abwechselnd die Regierung in Kanada, wo Einparteienregierungen eine lange Tradition haben. Es gab daher keinen Raum für die NDP, sich als Partner für Koalitionsregierungen anzubieten, wie sie in europäischen Parlamenten zu finden sind. Die NDP gewann in den ersten Jahrzehnten ihrer Kandidatur bei Wahlen häufig zwischen 15 und 20 Prozent der Stimmen; 1988 konnte sie ihr bis dahin bestes Wahlergebnis mit 20 Prozent der Stimmen und 43 (von 295) Parlamentssitzen verzeichnen. Vor allem zwei Faktoren wurden häufig genannt, die das Wachstumspotential der NDP einschränken – ein institutionell bedingtes und ein mit der politischen Kultur des Landes im Zusammenhang stehendes Problem. Institutionell gesehen wurde und wird die Partei durch das Mehrheitswahlrecht benachteiligt. Der Stimmenanteil der NDP hat sich häufig nicht wirkungsvoll auf die einzelnen Wahlkreise verteilt, so dass auf die Partei immer wieder ein geringerer Anteil an Parlamentssitzen entfiel, als es ihr Stimmenanteil gerechtfertigt hätte. Ein typisches Beispiel ist die Bundeswahl 2006: Die Partei gewann insgesamt 18 Prozent der Stimmen, aber weniger als 10 Prozent der Sitze im Unterhaus. Umgekehrt profitieren die größeren Parteien der Konservativen und Liberalen häufig von den Eigenheiten des Wahlsystems, wobei sich für den Wahlsieger aus einem Stimmenanteil von um die 40 Prozent eine Mehrheit an Parlamentssitzen ergibt.

Die NDP tut sich auch schwer, in einer Parteienlandschaft Fuß zu fassen, die auf einer Politik der »Vermittlung« beruht. Für viele Beobachter besteht das bestimmende Moment der kanadischen Politik in der Notwendigkeit, zwischen den verschiedenen regionalen und sprachlich bedingten Interessen zu vermitteln, die Kanada aufgrund seiner geografischen Größe und Verschiedenartigkeit eigen sind. In einem Land, das sich über sechs Zeitzonen und Tausende von Kilometern erstreckt, können sich die politischen (und auch sozialen und wirtschaftlichen) Interessen in den verschiedenen Regionen ganz erheblich voneinander unterscheiden. Dazu kommt noch die Komplexität des Umgangs mit der Föderationsvereinbarung zwischen den französischen und englischen Landesteilen. Ein Ergebnis davon ist, dass von den Parteien – anders als in vielen europäischen politischen Systemen üblich – nur relativ schwach ausgeprägte ideologisch nach links oder rechts ausgerichtete Auseinandersetzungen in den Wahlkampf getragen wurden. Stattdessen fand der eigentliche Kampf um die politische Mitte zwischen zwei Parteien statt, die nur geringe und häufig wechselnde



Unterschiede in ihrem politischen Konzept aufweisen. Sowohl die Konservativen als auch die Liberalen waren häufig bestrebt, mit einem Fokus auf der Förderung einer Verständigung zwischen den verschiedenen regionalen und sprachlichen Gemeinschaften alle politischen Unterschiede zu minimieren und große ideologische Koalitionen zu bilden. Im linken Politspektrum bezeichneten dies viele als Wettkampf zwischen verwechselbaren Eliten und hielten es für ihre eigenen Zielen schädlich. Deshalb unterstützten sie die Bildung der CCF und später der NDP als ideologische Entgegnung gegen die beiden großen, miteinander konkurrierenden und weitgehend unideologischen Volksparteien. Das traditionell schwache Abschneiden der NDP bei den Wahlen in Quebec und Ostkanada (wo nur wenige ihrer Kandidaten bei der Bundeswahl gewählt wurden) ließ die Partei nicht unbedingt als das geeignete Forum für die nationale Verständigung erscheinen und hat häufig auch dazu geführt, dass sie bei vielen Wählern keinen Zuspruch fand, die dies als die Hauptaufgabe der Staatsregierung erachten.

Innerhalb der NDP hat es schon immer einen internen Konflikt gegeben zwischen denen, die glauben, die Partei solle ihr »sozialistisches« ideologisches Bekenntnis bewahren, und denen, die meinen, die Partei müsse ideologisch pragmatischer werden, um größere Wahlerfolge zu erzielen. Von Zeit zu Zeit rückte diese Debatte verstärkt in den Vordergrund, wenn verschiedene Gruppen innerhalb der Partei versuchten, deren ideologische Haltung zu verwässern, was wiederum den Widerstand anderer Parteimitglieder provozierte. Dies äußerte sich erst kürzlich im Frühjahr 2011, als auf einem nationalen Parteitag darüber nachgedacht wurde, ob die Partei ihr langjähriges Bekenntnis zum »demokratischen Sozialismus« aufgeben müsse, um vom Wähler stärker als Partei der Mitte wahrgenommen zu werden und sich so als regierungsfähige Partei zu positionieren. Die Partei vertagte eine Entscheidung in dieser Frage, als es dem Parteivorsitzende gelang, den Schwerpunkt der Debatte von weitreichenden ideologischen Veränderungen auf einzelne politische Anliegen zu verlagern, die seiner Ansicht nach von Belang für Familien der Arbeiter- und Mittelschicht sind.

Dieser Ansatz bewährte sich in den Bundeswahlen von 2011, in denen die NDP ihr bis dahin bei weitem bestes Ergebnis erzielte. Bei dieser Wahl gewann die Partei 31 Prozent der Stimmen und 103 Parlamentsmandate. Damit lag sie hinter den Konservativen auf einem starken zweiten Platz und konnte erstmals auf nationaler

Ebene Anspruch auf den Titel der offiziellen Opposition erheben. Die Partei gewann in allen Regionen des Landes Sitze, konnte aber vor allem in der Provinz Quebec einen dramatischen Durchbruch erzielen. In sämtlichen früheren Wahlen hatte die NDP in Quebec nie mehr als einen einzigen Kandidaten durchbringen können, 2011 gewann sie 59 der 75 Wahlkreise der Provinz.

Die NDP setzte in ihrem Wahlkampf von 2011 vor allem auf die Popularität ihres Spitzenkandidaten Jack Layton und auf das Versprechen, eine andere Politik mit Blick auf die tatsächlichen politischen Bedürfnisse der Kanadier zu verfolgen sowie die Vetternwirtschaft und das Gezänk zwischen den Parteien zu minimieren. Nach mehreren Minderheitsregierungen, die aufgrund des Mangels an Konsens innerhalb des Parlaments weitgehend gelähmt waren und daher in Bezug auf ihre politischen Ziele nichts erreichen konnten, kritisierte die NDP die anderen Parteien dafür, sich zu sehr auf ihre eigenen Interessen statt auf die der kanadischen Bürger konzentriert zu haben. Die Partei präsentierte sich mit einem schlichten politischen Programm, in dem ein ausgeglichener Haushalt gefordert wurde und das keinerlei neue großangelegte, teure nationale Programme versprach, wie die Partei es in der Vergangenheit häufig getan hatte. Layton erklärte dazu, dass die Partei gereift und bereit sei, sich um das Amt des Premierministers zu bewerben. Er verwies auf NDP-Regierungen in Provinzen wie Manitoba, Saskatchewan und Nova Scotia, die häufig einen gemäßigten Ansatz und eine verantwortungsvolle Finanzpolitik verfolgten, als Nachweis dafür, dass die NDP regierungsfähig und auch nicht so weit von der ideologischen Mitte entfernt sei.

In Übereinstimmung mit diesem Ansatz schlossen sich die Neuen Demokraten dem Wahlversprechen der Konservativen an, innerhalb von vier Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und lehnten alle Forderungen nach höherer Besteuerung von Privathaushalten ab. Um ihre Unterstützung für die freie Wirtschaft und deren Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen unter Beweis zu stellen, betonte die Partei ihr Vorhaben, die Steuersätze für kleine Unternehmen zu senken und für große Konzerne zu erhöhen. Mit den Forderungen nach einer Erhöhung der staatlichen Rentenleistungen, einer höheren Aufstockung der garantierten Einkommen für ältere Menschen und einem nationalen Programm für die Kinderbetreuung richtete die Partei ihr Augenmerk auch auf Themen, die in den Bereich soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit eingeordnet werden könnten. Die lange als



wichtigste Verfechterin einer allgemeinen Gesundheitsversorgung geltende Partei verfolgte bei dieser Wahl diesbezüglich einen gemäßigteren Ansatz und trat für eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen und die Bereitstellung von mehr Heimpflegeoptionen ein (zwei politische Maßnahmen mit breiter Zustimmung in der Wählerschaft) und relativierte gleichzeitig ihre früheren Verpflichtungen zu teuren neuen Programmen wie z. B., dass die Krankenkassen landesweit für alle die Kosten für verschriebene Medikamente übernehmen. Mit Versprechen, die Treibhausgasemissionen erheblich zu reduzieren und hier ein System für Höchstgrenzen und Handel zu unterstützen sowie in das öffentliche Verkehrswesen zu investieren, betonte die Partei auch ihr langfristiges Engagement in Umweltfragen.

Dank ihrer Selbstpositionierung als gemäßigte Mitte-Links-Partei unter der Führung eines beliebten Spitzenpolitikers, der die Wahlkampagne seiner Partei auf weniger provokante Themen aufbaute, erreichten die Neuen Demokraten ihr Langzeitziel, die Liberalen als wichtigste Partei links der Mitte abzulösen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Erfolg eine Eintagsfliege ist oder ob die Partei diese Position dauerhaft halten und sogar mit den Konservativen in den Wettstreit um die Regierung treten kann. Das wird wohl weitgehend davon abhängen, wie die Partei mit ihrer neugefundenen Unterstützung in der Provinz Quebec umgeht. In Quebec dreht sich die Politik, sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene, seit Jahrzehnten fast ausschließlich um die nationale Frage – d. h. den Platz der französischsprachigen Provinz innerhalb der kanadischen Föderation. In den vorangegangenen sechs Bundeswahlen hatte der separatistische Bloc Québécois die Mehrheit der Sitze in der Provinz gewonnen, wobei die restlichen Mandate an die sehr föderalistisch orientierten Liberalen gingen. Obwohl die Wählerschaft Quebecs allgemein als progressiv und politisch links eingestuft wurde, war für die Neuen Demokraten in einer politischen Situation, die weitgehend von der nationalen Frage geprägt und vom Bloc und den Liberalen dominiert wurde, einfach kein Platz.

Im Wahlkampf von 2011 stand die Souveränität Quebecs laut Meinungsumfragen bei den Wählern nicht mehr so hoch im Kurs und viele Beobachter sprachen von einem generationsbedingten Rückgang bei der Befürwortung der Souveränität. Das damit einhergehende drastische Absacken des Bloc Québécois in der Wählergunst schuf eine Gelegenheit, die sich die Neuen Demokraten nicht

entgehen ließen. Jack Layton spricht beide Sprachen fließend, da er einen Teil seiner Kindheit in Quebec gelebt hat, und ist bei den Wählern in der Provinz sehr beliebt. Bei mehreren wichtigen Auftritten im französischsprachigen Fernsehen, darunter einem Duell der Spitzenkandidaten, machte er eine gute Figur und ab Mitte der Wahlkampagne nahm die Unterstützung für die NDP deutlich zu. Der Umstand, dass die NDP sich zudem in ihrer politischen Haltung offen für weitere, auf die Interessen Quebecs eingehende Verfassungsgespräche zeigte, trug beträchtlich zu diesem Wählerzuspruch bei. Die Provinz steht außerhalb der kanadischen Verfassung, seit sich die Legislative Quebecs 1982 gegen die Annahme des neuen Verfassungsgesetzes sperrte. Mehrere Versuche, diese Situation zu ändern, allen voran die Verhandlungen von Meech Lake und Charlottetown, scheiterten und hatten eine abschreckende Wirkung auf andere föderalistisch orientierte Parteien, weitere Gespräche über Verfassungsänderungen in Angriff zu nehmen. Als der Bloc in der Wählergunst verlor, fühlten sich die zur Souveränität neigenden Wähler, von denen viele der linken Mitte zuzurechnen sind, eher zur NDP hingezogen. Sie wollten Layton unterstützen, da sie mit den fortschrittlichen politischen Einstellungen der Partei übereinstimmten und für sie die Bereitschaft der Partei zu Verfassungsverhandlungen von Interesse war.

Eine große Herausforderung für die NDP in ihrer zukünftigen Arbeit wird der Umgang mit den neuen Unterstützern in Quebec und deren Erwartungen bezüglich der Vertretung der Interessen der Provinz auf nationaler Ebene sein. Da es in Quebec vorher nie mehr als einen Kandidat der NDP im Abgeordnetenhaus gegeben hatte, wurde die parlamentarische und aktive Parteibasis immer von Westkanadiern dominiert mit zusätzlicher Unterstützung aus Ontario. Viele dieser Parteianhänger werden wohl kaum den Enthusiasmus der neuen Parteiunterstützer aus Quebec für die Auseinandersetzung mit der nationalen Frage teilen. Interne Meinungsverschiedenheiten könnten aber auch im Zusammenhang mit Problemen wie nationalen sozialen und wirtschaftlichen Programmen auftreten, für die sich die Partei seit langem einsetzt, die von den Quebecern aber abgelehnt werden könnten, da sie ihrer Meinung nach eine Einmischung in den Zuständigkeitsbereich der Provinz darstellen. Der Umgang mit diesen möglichen Spaltungen wird großes Geschick erfordern und ein wichtiger Test für Layton sein.



Eine zweite Herausforderung für die Partei besteht darin, sich erfolgreich als wichtigste Alternative zu den regierenden Konservativen zu positionieren. Ob dies gelingt, wird einerseits zu einem gewissen Maß davon abhängen, wie gut den Liberalen ein Neuaufbau gelingt, andererseits aber auch von Laytons Fähigkeit, die Partei in politischen Fragen, die von Belang für kanadische Familien sind, weiterhin auf einem Kurs gemäßigt progressiver Alternativen zu halten und sich nicht mit dem Eintreten für eine ausgeprägt sozialistische Agenda auf ein doktrinäreres Terrain zu verirren. Auch wenn diese Spannung auf dem ersten Parteitag nach den Wahlen spürbar war, ist es Layton in seiner Zeit an der Parteispitze weitgehend gelungen, diesen Themen die Brisanz zu nehmen und die NDP weiterhin als Partei der linken Mitte zu positionieren. Wenn sie sich als progressive, nur wenig links der Mitte stehende Alternative präsentieren kann, könnte es der NDP gelingen, die Liberalen zu verdrängen, denen dann wenig politischer Raum bleibt, um sich inhaltlich abzugrenzen. Wenn die Partei sich allerdings weiter nach links bewegt, könnten die Liberalen sich wieder zur wichtigsten Partei der linken Mitte entwickeln.

Im Hinblick auf finanzielle Ressourcen scheinen die Neuen Demokraten gut dazustehen. Die Partei hat sich auf die Veränderungen in Kanadas Parteifinanzierungsgesetzen eingestellt und bei mehreren Wahlen in jüngerer Vergangenheit kapitalintensive Kampagnen geführt. Offizielle Opposition zu sein bringt zusätzliche Fraktionsgelder in die Parteikasse, und auch die mit dieser Position einhergehende Zunahme an öffentlicher Aufmerksamkeit wird wohl zu einer Erhöhung der Spendeneinnahmen beitragen. In dieser Hinsicht hat die NDP die Oberhand über die Liberalen, die nur über knappe Mittel verfügen und deren parlamentarische Fraktion dezimiert ist. Eine Sorge für die NDP könnte die Fortsetzung der Parteiführung durch Jack Layton sein, der ernsthaft erkrankt ist. Ein Großteil des Wahlerfolgs der Partei beruhte auf seiner Popularität bei den Wählern (insbesondere in Quebec). Es könnte sich für die Partei als schwierig erweisen, mit einem anderen Spitzenkandidaten dieselbe Unterstützung zu mobilisieren.

In den vergangenen Jahren war es immer mal wieder im Gespräch, ob sich die NDP und die Liberalen nicht zusammentun sollten, um zu verhindern, dass die Konservativen immer wieder mit der Minderheit der Stimmen die Mehrheit der Sitze gewinnen. Diese Frage hatte mehr Gewicht, als die Liberalen noch die dominierende Mitte-Links-Partei waren und die Neuen Demokraten noch ab-

geschlagen auf dem dritten oder vierten Platz rangierten. Angesichts ihrer langen Geschichte als großer Volkspartei ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Liberalen einem Zusammenschluss zustimmen, bei dem sie der Juniorpartner sind. Ebenso unwahrscheinlich ist es angesichts ihrer derzeitigen Position der Stärke, dass die Neuen Demokraten sich auf eine Vereinbarung einlassen, in der sie irgendetwas anderes als der Seniorpartner wären. Daher ist wohl kaum mit einer ernsthaften Bewegung in Richtung eines Zusammengehens zu rechnen, bis weitere Wahlen verdeutlichen, welche Partei langfristig bei den Wählern erfolgreicher ist.

Nachtrag

Das Jahr nach Fertigstellung obigen Berichts war ein sehr ereignisreiches für die NDP. Der Parteivorsitzende Jack Layton unterlag seiner Krebskrankheit und starb im August 2011. Die Partei ernannte mit Nicole Turmel, einer Abgeordneten aus Quebec, einen politischen Neuling als Interims-Parteivorsitzende und setzte die Wahl des Parteivorsitzenden für März 2012 an. Bei der Festlegung der Wahlordnung entschied sich die Partei dafür, dass jedes Mitglied eine Stimme hat, und beseitigte damit frühere Regelungen, die ein Viertel der Stimmen für Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften reservierten. Diese Entscheidung war umstritten, weil einige sie als Versuch ansahen, die Partei von ihren traditionell engen Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung zu distanzieren.

Zur Wahl traten schließlich sieben Kandidaten an, darunter fünf aus dem parlamentarischen Flügel. Die Partei erteilte jedem das Stimmrecht, der bis Anfang Februar 2012 der Partei beigetreten war. Dementsprechend verbrachten die Kandidaten die Monate von September bis Januar damit, neue Parteimitglieder zu werben. Ihre Bemühungen waren offensichtlich von Erfolg gekrönt, da die Zahl der Mitglieder sich bis zur Wahl auf fast 130 000 verdoppelt hatte.

Die vier führenden Kandidaten ließen sich grob in zwei Gruppen einteilen. Die Abgeordneten Thomas Mulcair und Nathan Cullen vertraten die Ansicht, die Partei müsse die Dinge etwas anders angehen, um den nächsten Schritt zu tun und nach den kommenden Wahlen die Regierung zu bilden. Mulcair war für eine »Modernisierung« der Parteipolitik, für einen leichten Rechtsruck zur ideologischen Mitte. Cullen sprach sich dafür aus, ein Wahl-



bündnis mit den Liberalen in Erwägung zu ziehen, um eine Aufspaltung der Wählerstimmen für die Mitte-Links-Parteien zu verhindern. Die Abgeordnete Peggy Nash und der langjährige Parteifunktionär Brian Topp waren gegen diese Veränderungen und im Wesentlichen dafür, dass die Partei ihren ideologischen Wurzeln treu bleibe und ihren gegenwärtigen Kurs fortsetze. Mit diesen unterschiedlichen taktischen Vorstellungen kam bei dieser Wahl die grundlegende Kluft in der Partei zum Ausdruck.

Mulcair ging als eindeutiger Sieger aus der Wahl hervor. Er hatte jeden einzelnen Wahlgang für sich entschieden. Die Unterstützung für ihn und Cullen war weit höher als die für Topp und Nash, was darauf schließen lässt, dass es in der Partei beträchtliche Unterstützung dafür gibt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Wählerschaft der NDP zu vergrößern und zu einem glaubwürdigen Herausforderer für die Regierung zu werden.

Turmel galt als schwache Interims-Parteivorsitzende und trat auf nationaler Ebene kaum in Erscheinung. Während der Kampagne waren einige Parteianhänger besorgt, dass ein Führungsvakuum von über sechs Monaten den Liberalen die Gelegenheit eröffnen könnte, sich neu zu formieren und die Neuen Demokraten als führende Stimme der Opposition gegen die konservative Regierung zu überholen. Diese Sorgen erwiesen sich allerdings als unbegründet, da aus Meinungsumfragen nach der Wahl Mulcairs hervorgeht, dass die Neuen Demokraten in der Wählergunst weit vor den Liberalen liegen und den Konservativen Konkurrenz um die Führung machen.

Mulcair ist ein erfahrener Abgeordneter aus Quebec. Er saß schon für die Liberalen in der Provinzregierung und im Kabinett von Quebecs Premier Jean Charest. Er hat starke Auftritte im Parlament und führt aggressive Kampagnen. In den anstehenden Parlamentssitzungen ist wohl mit scharfen und hitzigen Debatten über einige politische Streitfragen zwischen den Konservativen und den Neuen Demokraten zu rechnen. Die anhaltende Stärke der NDP könnte auf eine zunehmende ideologische Polarisierung in der kanadischen Politik zwischen Mitte-links und Mitte-rechts hindeuten.



Über den Autor

William Cross hält die Ehrenprofessur für Studien zur kanadischen parlamentarischen Demokratie im Fachbereich Politikwissenschaft an der Carleton University, Ottawa. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen die Verbindungen zwischen der Zivilgesellschaft und den politischen Parteien und der Legislative. In seinen jüngeren Studien geht es um die Partizipation von jungen Menschen in der kanadischen Politik, die Kandidaten bei der Wahl zur kanadischen Bundesregierung von 2008 und die sich wandelnden Methoden bei den Wahlen zum Parteivorsitz. Seit 2000 amtiert er als Direktor der Canadian Democratic Audit und in den Jahren 2004/2005 war er Forschungsleiter der New Brunswick Commission on Legislative Democracy.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationaler Dialog |
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

E-Mail:
ID-INFO-WENA@fes.de

Das FES-Büro in Washington, D.C.

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei. Die FES unterhält als einzige deutsche politische Stiftung ein Verbindungsbüro in Ottawa, was uns eine effektivere und konsistentere Arbeit in Kanada ermöglicht.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-86498-286-6


Committed to excellence